

### Achtung, braune Soße!

Die luxemburgische Gesellschaft ist dabei, einen umfassenden Werteverfall durchzumachen. So oder so ähnlich lässt sich die jüngste Anfrage des ADR-Deputierten Jean Colombero zur Familien- und Frauenpolitik der Regierung zusammenfassen. Insbesondere "der Keimzelle unserer Gesellschaft, der Familie" wird "heftig zugesetzt": Förderung des finanziell unabhängigen, konsumorientierten Singles statt der Familie, steigende Scheidungs-, sinkende Geburtenrate und zu schlimmer Letzt auch noch eine "größere Gebärbereitschaft" der zugewanderten Bevölkerung - der rechte Mann fürchtet den (luxemburgischen) Weltuntergang.

Da bleibt ihm nichts anderes übrig, als hilfesuchend selten schlaue Fragen an die Regierung zu stellen: Wie das Familienministerium zum Beispiel "den Willen zum Kind" und den "Familienzusammenhalt" fördern will? Wie viel Steuergelder im vergangenen Jahr in "Propagandakampagnen zur Geschlechtergleichstellung" geflossen sind, wie viel gleichzeitig in ähnliche Werbeaktionen, "aber mit dem Ziel, den Willen zur Familie und die Kinderfreudigkeit zu fördern"?

Ach ja, manchmal ist mensch doch froh, dass das Leben endlich ist.

### E-Votum verfrüht?

Der LSAP-Abgeordnete Marc Zanussi stellte am Mittwoch im Parlament seinen Gesetzesvorschlag zur Einführung der Stimmabgabe per Internet vor. Nachdem immer mehr Länder mit Pilotprojekten erste Erfahrungen gesammelt haben (siehe woxx Nr. 504), sei es an der Zeit, dass auch das computermäßig gut bestückte Luxemburg seinen BürgerInnen diesen Service anbiete. Während sich die DP nur mäßig begeistern wollte, wünschten sich die Grünen ein System, das nicht allein auf Internet, sondern auch auf den Einsatz von Computern im Wahllokal setzt. Der "Déi Lénk"-Sprecher zeigte sich dagegen skeptisch angesichts der Risiken in puncto Datenschutz. Und der ADR-Vertreter outete sich gar als radikaler Gegner des Vorschlags. Überraschender war allerdings die Haltung der Regierung, die sich in einer "prise de position" schriftlich äußerte. Fälschlicherweise davon ausgehend, dass mit dieser Neuerung das alte System der Abstimmung auf Papierbögen automatisch abgeschafft sei, hielt sie es ungeachtet aller e-commerce, e-Government und e-Luxembourg-Kampagnen für "prématuré", auf den von Zanussi vorgeschlagenen Weg zu gehen. Außerdem laufe man bei der Abstimmung per Internet Gefahr, den Wahlsonntag zu banalisieren und zu einer "simple opération de la vie courante" abzustufen.

### "forum" wird Monatszeitschrift

Mit der am 1. Februar erschienenen Nummer 213 vollzieht das Magazin forum den Schritt zur Monatszeitschrift. Mit Beiträgen zur PISA-Studie, zur Medienaktualität und zur Gentechnik sucht sie das Mehr an Aktualitätsbezug einzulösen, das man von einer Monatszeitschrift erwarten darf.

Schwerpunkt der monatlichen Ausgaben bleiben aber weiterhin die Dossiers. Diesmal geht es um "Sicherheit im öffentlichen Raum". Neben mehreren theoretischen Artikeln über den Umgang mit Risiken und Ängsten enthält das Dossier ein Interview zum Thema mit Charles Margue von der Ilres. Und gleich zwei Spezialisten in Sachen Sicherheit wurden befragt: Pierre Reuland und Marc Stein, Generaldirektor beziehungsweise Psychologe bei der Police Grand-Ducale. Dort erfährt man, dass der Generaldirektor die Polizei frei von "schwarzen Schafen" halten möchte. Der Psychologe dagegen denkt laut nach über Sinn und Unsinn der "droits acquis" von Sondereinheiten wie der "Volante", zum Beispiel ihr aggressionsförderndes Outfit ...

*forum Nummer 213, 64 Seiten. Preis: 5 €; erhältlich an allen Kiosken.*

*www.forum.lu*

### TRANSPORTPOLITIK

# Von Schienen und Straßen

**Ausbau des Schienennetzes, globale Mobilitätsstrategie. Gibt es ein Umdenken in der Luxemburger Transportpolitik? Leider nein, meint der Mouvement Ecologique.**

(RK) - Hat Henri Grethen Kreide gefressen? Der als Öko-Verächter geltende Transportminister will sich für den Öffentlichen Verkehr (ÖV) stark machen - bis 2020 soll dieser dreimal mehr Personenfahrten bewältigen können als heute. Um das zu erreichen, wird geklotzt: Über hundert Milliarden Franken fließen in Planung und Ausbau des ÖV-Netzes, kündigte der Minister bei der Vorstellung des "mobilitéit.lu"-Strategiepapiers am 24. Januar an.

Was ist in den Mouvement Ecologique gefahren? Eine Woche bezieht die Umweltorganisation Stellung - und mäkelte am ÖV-Ausbau herum: "Auch der Schienenverkehr kann nur Teil eines Gesamttransport-Konzeptes sein! (...) Nunmehr nach isolierten Straßenbauprojekten auch isolierte Schienennetze auszubauen, ist nicht der Wahrheit letzter Schluss." Keine Sorge, die Welt steht nicht Kopf. Der Glanz von "mobilitéit.lu" ist trügerisch, und die Kritik des Mouvement gilt weniger dem forcierten Ausbau des Schienennetzes als dem Laissez-faire in der Landesplanung.

Wahr ist, dass die Pläne des Transportministers eine neue Phase in der Entwicklung des ÖV hierzulande einläuten. Nach den Zeiten des Abbaus, dann des Ausbaus im Schrittempo - hier ein neuer Bahnhof, dort eine

Oberleitung - geht es nun im Galopp voran: Modernisierung der Bahnhöfe, Gleisverdoppelungen und sogar vier neue Schienenstränge. Das Strategiepapier berechnet das zukünftige Gesamtverkehrsaufkommen - ein Zuwachs von 70 Prozent - und bekräftigt das ehrgeizige Ziel eines ÖV-Anteils von 25 Prozent. Um das zu erreichen, sollen alle Register gezogen werden: Mehr Züge, neue Bahnhöfe mit besserer Anbindung an das Busnetz und "Park and ride"-Anlagen. Fast alle Register, denn trotz des vorgesehenen Neukaufs von Bahnhybrid-Zügen wird die Frage eines BTB durch das Stadtzentrum im Strategiepapier ausgeblendet - hatte Henri Grethen nicht immer wieder darauf verwiesen, dass das Thema aus lokalpolitischen Gründen tabu sei.

Der Unmut des Mouvement Ecologique gründet aber nicht auf dieser erneuten Infragestellung des BTB. Einen Tag nach der Veröffentlichung des Schienen-Strategiepapiers wurde im Regierungsrat ein Bericht der Arbeitsgruppe "Globales Mobilitätskonzept" diskutiert. Dabei ging es, laut Mouvement, um ein noch zu erarbeitendes Gesamtkonzept, "Integratives Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept Luxemburg" (IVL) genannt.

"Das Schlimmste was passieren könnte, wäre, dass nach dem Schienen-Papier nun die Bauten-

ministerin ein Straßen-Papier vorstellen würde und die Idee einer Gesamtplanung auf der Strecke bliebe", so Blanche Weber vom Mouvement Ecologique gegenüber der woxx. Doch auch wenn das IVL in Auftrag gegeben wird, so existiert laut Informationen der Umweltorganisation, eine Liste von "Basis-Fall"-Straßenbauprojekten. Geplant sei, diese unabhängig vom IVL in jedem Fall zu realisieren. Dazu gehören so umstrittene Projekte wie die Verbreiterung der Autobahn nach Arlon, die West-Tangente und ihre Verlängerung bis nach Pétange. "Solche vollendeten Tatsachen würden Sinn und Zweck der Gesamtstrategie in Frage stellen", warnt Blanche Weber.

Da das IVL bereits 2004 vorliegen soll, fordert der Mouvement, weitreichende Vorhaben wie die erwähnten in die globale Analyse mit einzubeziehen, statt weiter im Teufelskreis "Neue Straßen - neuer Verkehr" zu drehen. Umgekehrt bemängelt die Umweltorganisation, dass Dringlichkeitsmaßnahmen zur Verkehrsentlastung nur im Bereich Straßenbau vorgesehen sind. "Die Attraktivität des öffentlichen Transports könnte verbessert werden durch mehr Koordination zwischen Bahn und Bus, eine gemeinsame Informations- und Werbe-Offensive und die Schaffung einer Mobilitätszentrale. Auch das gehört zu den Aufgaben des Transportministers", sagt Blanche Weber.

venant de pays musulmans ou encore de l'Europe de l'Est est des plus basses en Union européenne - réaction à la présence accrue de personnes réfugiées? Et l'idée que les personnes immigrées soient plus souvent criminelles est plus répandue qu'en moyenne européenne. Paradoxalement, le Luxembourg compte aussi parmi les pays où les gens indiquent que, personnellement, ils trouvent la présence de personnes d'autres nationalités, races ou religions très peu dérangeant.

Les chiffres montrent que les préjugés sont bien établis dans notre pays, même s'il y a un consensus assez étonnant sur la nécessité de mener des poursuites contre les discriminations de minorités, de renforcer les organisations luttant contre le racisme, de rapprocher les différentes communautés ou encore de promouvoir l'égalité des chances dans tous les domaines de la vie sociale.

Domage que le Luxembourg n'ait pas, depuis 1997, suivi l'exemple d'autres pays et créé son propre observatoire national. Bien que l'ASTI joue le rôle de correspondant pour le Luxembourg de l'Observatoire européen, cela ne remplace pas une structure autonome et dotée de moyens propres. Un tel observatoire ne pourrait pas seulement collecter des données, mais également tirer des conclusions et élaborer des recommandations: par exemple dans le domaine du racisme institutionnalisé (armée, police, ...), dont d'autres pays s'occupent déjà depuis des années. En attendant le Luxembourg ressemble à ces myopes qui refusent de porter des lunettes...

### RACISME

# Les attitudes négatives se renforcent

**De campagne en campagne, la xénophobie n'a pas diminué - ni en Europe, ni au Luxembourg. Est-ce la faute à la guerre yougoslave ou plutôt aux carences de la lutte contre l'exclusion?**

(rw) - Cinq ans déjà ... l'année 1997 fut celle, rappelons-le, proclamée année européenne contre le racisme. Le 4 février prochain, anniversaire de la journée d'ouverture de cette année-campagne, l'ASTI dressera, ensemble avec d'autres organisations, un bilan "cinq ans après". On peut déjà présager qu'il sera mitigé sur le plan national: si au niveau de la législation par exemple, certains efforts ont été faits, ils ne traduisent cependant pas un dynamisme politique prononcé. Ainsi, l'ancien ministre de la justice Marc Fischbach avait fait élaborer la loi contre le racisme qui est entrée en vigueur en 1997. Mais elle ne concerne que le domaine pénal. Une directive de 2000 couvrant les discriminations dans les domaines du travail, de l'éducation ou des services n'a pas encore été transposée, mais le gouvernement laisse entendre qu'il va déposer un projet de loi afférent en été.

### Un bureau des plaintes en papier

En attendant, les personnes ayant subi des discriminations peuvent s'adresser à un bureau des plaintes installé au ministère de la famille. Mais mis à part que ce bureau n'est en vérité pas beaucoup plus que le tiroir d'un bureau - il n'y a pas de service ni de personnel spécifique - on

peut se poser la question si un ministère est le bon endroit pour installer un tel bureau. Ne faudrait-il pas une institution plus indépendante pour s'acquitter crédiblement de cette tâche? A cela s'ajoute que ce bureau ne fait pas beaucoup de publicité autour de son existence - pas étonnant alors que le nombre des plaintes semble être réduit jusqu'ici.

Il ne faudrait pas en conclure que le racisme et la xénophobie n'existent pas au Luxembourg. Au contraire: en lisant les rapports de l'Observatoire européen des phénomènes racistes et xénophobes, on remarque même que depuis quelques années ces tendances se renforcent. Ainsi, un rapport tiré de l'Eurobaromètre édité en mars 2001 sur les attitudes envers les minorités résume l'attitude de la population luxembourgeoise comme suit: "In most rankings, Luxembourg is near the EU average. It is one of the countries where many people support policies for improving social coexistence between different ethnic groups. Nevertheless, acceptance of working immigrants is quite low and the wish to repatriate unemployed immigrants quite high. In Luxembourg, negative attitudes have increased over the past three years." L'acceptation au Luxembourg des personnes